

Vorlage Stadtparlament

Datum	16. November 2021
Beschluss Nr.	1077
Aktenplan	152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Fraktion GRÜNE / Junge Grüne: Hilfe für die Menschen in Afghanistan; Beantwortung

Am 19. August 2021 reichte die Fraktion Grüne / Junge Grüne die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Hilfe für die Menschen in Afghanistan» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan verunsichert und beschäftigt die Völkergemeinschaft seit dem Frühsommer dieses Jahres. Der Bundesrat hat am 13. September 2021 in Genf an einer UNO-Konferenz zu Afghanistan teilgenommen. Die Staatengemeinschaft war zusammengekommen, um die Situation in Afghanistan zu besprechen und auf die grossen humanitären Bedürfnisse zu reagieren. Die Schweiz plant in Anbetracht der Notlage, zusätzliche CHF 33 Mio. für die humanitäre Hilfe zu sprechen. Die derzeitige Krise in Afghanistan hat verschiedene Dimensionen: Der politisch-militärische Konflikt, die Corona-Pandemie und eine Dürre bedrohen die Bevölkerung. Geschätzt 18,4 Mio. Menschen in Afghanistan sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Kindersterblichkeit im Land ist eine der höchsten weltweit. Viele Kinder haben zu wenig zu essen, manche von ihnen sind lebensbedrohlich mangelernährt. Mehr als 390'000 Menschen waren zuletzt Binnenvertriebene, darunter über 203'000 Kinder. Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht, und mehrere Millionen Kinder können nicht zur Schule gehen. Darunter sind überproportional viele Mädchen, denn sie werden in Afghanistan stark diskriminiert.

Die Lage in Afghanistan ist nach wie vor unübersichtlich. Die Ausreise aus Afghanistan gestaltet sich sowohl auf dem Land- wie auf dem Luftweg schwierig. Die Schweiz konzentriert sich deshalb auf die humanitäre Hilfe vor Ort.¹ Auf diplomatischer Ebene ist die Schweiz bereit, ihre Dienste anzubieten.²

¹ Siehe [Afghanistan-Krise: Wichtigste Informationen \(admin.ch\)](#).

² Siehe [Afghanistan: Schweiz schliesst Evakuierungsaktion ab \(admin.ch\)](#).

2 Beantwortung der Fragen

1. *Wie weit kann der Stadtrat im Rahmen des Schweizerischen Städteverbandes oder anders beim Bundesrat Druck machen, dass das Kontingent der humanitären Asylerteilung für Menschen aus Afghanistan deutlich verstärkt wird oder erleichterte Visabestimmungen für Angehörige von in der Schweiz lebenden Afghaninnen oder Afghanen realisiert werden und eine Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen in der Stadt St.Gallen ermöglicht wird?*

Der Stadtrat beobachtet die Entwicklung in Afghanistan mit grosser Sorge und ist tief betroffen vom menschlichen Leid. Gemeinsam mit verschiedenen anderen Städten ist die Stadt St.Gallen Mitglied der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen». Diese Allianz hat gegenüber dem Bund ein klares Angebot formuliert: Damit die Schweiz angesichts der humanitären Notsituation mehr Menschen Zuflucht gewähren kann, erklären sich die beteiligten Städte dazu bereit, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Im Verbund mit anderen Kommunen sowie im Rahmen des Städteverbands und der Städteinitiative Sozialpolitik liegt nach Ansicht des Stadtrats der einzig gangbare Weg, gemeinsam mit Bund und Kantonen nach Lösungen zu suchen, die der Dringlichkeit der Aufnahme von Geflüchteten in Notsituationen Rechnung trägt. Dabei ist es wichtig, dass die bestehenden Strukturen genutzt werden und auch im Falle der angestrebten Ausweitung der Flüchtlingsaufnahme wiederum die Ebenen und Zuständigkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden zum Tragen kommen. Zentral ist dabei insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Trägerverein für Integrationsprojekte St.Gallen (TISG), der im Auftrag der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) Aufgaben in der Unterbringung, der Betreuung sowie der sozialen und beruflichen Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen erfüllt.

2019 verabschiedete der Bundesrat das Umsetzungskonzept Resettlement. Das Konzept sieht eine Verstärkung der Schweizer Resettlement-Politik vor, mit dem Ziel einer besseren Planbarkeit bei der Unterbringung und längerfristigen Betreuung der Flüchtlinge durch die Kantone und Gemeinden. Für das Resettlement-Programm 2020/2021 wurde die Aufnahme von bis zu 1'600 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen beschlossen. Im Rahmen dieses Kontingents wurden im August 2021 von der Schweiz 240 Resettlement-Flüchtlinge aus Afghanistan aufgenommen, 30 Personen fanden Aufnahme im Kanton St.Gallen. Eine Grossfamilie, bestehend aus sechs Personen (vier teilweise schulpflichtige Kinder und zwei Erwachsene), wurde von der Stadt St.Gallen aufgenommen.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass mit der Aufnahme von Flüchtlingen eine bedeutende Verpflichtung einhergeht, die nicht mit der Ankunft in der Schweiz beendet ist. Dennoch ist er – gemeinsam mit verschiedenen anderen kommunalen Exekutiven – überzeugt, dass mehr gefährdeten Menschen in unserem Land Zuflucht und Schutz gewährt werden soll, als in den regulären Kontingenten vorgesehen ist.

2. *Wo sieht der Stadtrat weitere Hilfsmöglichkeiten für die Menschen in Afghanistan, z.B. finanzielle Nothilfe oder Ähnliches?*

Wie erwähnt, ist der Stadtrat auf verschiedenen Ebenen aktiv, sowohl im Rahmen der Städteinitiative Sozialpolitik als auch in der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen», und er hat sich auch zur Aufnahme von weiteren Resettlementflüchtlingen zur Verfügung gestellt.

Im August 2021 hat der Stadtrat beschlossen, einen Beitrag von CHF 35'000 an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zu leisten. UNICEF arbeitet vor Ort, um koordinierte Nothilfe sicherzustellen. Dazu gehört, die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Wasser und Hygienezubehör, die Behandlung von Kindern gegen Mangelernährung, die Sicherstellung medizinischer Versorgung, den Schutz für Frauen und Kinder zu gewährleisten sowie die psychosoziale Betreuung von traumatisierten Kindern bereitzustellen.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 19. August 2021